

**WIR KÖNNEN
UNS DIE
REICHEN
NICHT MEHR
LEISTEN.**

**Deshalb:
Löhne hoch,
Preise runter,
Reichtum
umverteilen!**

1. MAI

DIE LINKE.

www.die-linke.de

DIE LINKE unterstützt den Arbeitskampf

Forderung der LINKEN zum 1. Mai: Löhne hoch, Preise runter, Reichtum umverteilen!

! Die Preise explodieren: Obst, Gemüse, Milch und Brot werden immer teurer. Viele wissen nicht, wie sie die nächste Stromrechnung bezahlen sollen. Energiekonzerne und Supermarktketten hingegen machen Milliarden-Profite. Die Deutsche Börse meldet neue Rekorde. In diesem Jahr werden Konzerne so hohe Dividenden ausschütten wie nie zuvor – fast 60 Milliarden Euro! Die Reichen werden reicher, während die Inflation die Gehälter

der Beschäftigten auffrisst. Weil Reichtum kaum besteuert wird, öffnet sich die soziale Schere weiter. Das Geld der Reichen fließt in Immobilien. Sie kaufen Häuser und Wohnungen und treiben die Mietpreise weiter in die Höhe. Auch hier zahlen die Beschäftigten mit überteuerten Mieten für das Luxusleben einer abgehobenen Elite aus Millionären, die ihre Kinder an Privatschulen schicken. Die öffentlichen Schulen hingegen ver-

fallen zusehends. Es fehlt an Geld für dringend benötigte Reparaturen. Bundesweit müssten mehr als 45 Milliarden Euro in die Schulen investiert werden, um die Gebäude zu erhalten. Zudem fehlen zehntausende Lehrkräfte. Unterrichtsausfälle und überfüllte Klassen sind die Folge dieser Umverteilung von unten nach oben. Die Reichen investieren auch in Alten- und Pflegeheime, die längst zu Goldgruben mutiert sind – ältere Menschen und

Pflegekräfte bezahlen für die Rendite. Auch viele Krankenhäuser gehören nun Konzernen und müssen Gewinne abwerfen. Weil die Reichen Profite sehen wollen, müssen Geburts- und Kinderstationen schließen. Überall fehlt Personal. Viele beklagen den „Fachkräftemangel“, aber nur wenige sprechen das wirkliche Problem an: Die Fachkräfte sind überlastet und verdienen zu wenig Geld! Der Stress in unserem Alltag hat System: Niedrige Löhne und unbezahlte Überstunden erhöhen die Profite. Wir sagen: Geld ist genug da, es ist nur ungerecht verteilt! DIE LINKE sagt Ja zu Wohnungen, die ein Zuhause sind – und nicht der Rendite dienen. Ja zu Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen, in denen das Wohl der Patient:innen an erster Stelle steht – nicht der Profit. Ja zu einem guten und kostenfreien ÖPNV, zu einem Klima-Job-Programm für eine Million tariflich abgesicherter Arbeitsplätze – nicht zu größerem Reichtum der Auto-Konzerne.

DIE LINKE fordert:

■ **Superreiche und Konzerne gerecht besteuern!** Die Vermögensteuer muss wieder eingeführt werden. Wir wollen eine einmalige Abgabe auf Vermögen über zwei Millionen Euro erheben, um damit die Kosten der Krise zu bezahlen.

■ **Krisengewinne abschöpfen!** Die Extraprofite der Rüstungskonzerne und Energieunternehmen müssen zum Wohl der Allgemeinheit eingesetzt werden.

■ **Menschen entlasten!** Die Löhne müssen steigen und so die Inflation ausgleichen. Das Bürgergeld muss um 200 Euro angehoben werden. Menschen mit geringem Einkommen sollen ein monatliches Inflationsgeld bekommen: 125 Euro für jeden Haushalt plus 50 Euro für jede weitere Person im Haushalt.

Gysi meint...

Nicht zu entschuldigen

” Springer-Chef Döpfner hat mit seiner Geringschätzung, ja Verachtung gegenüber den Ostdeutschen, wenn die von der „Zeit“ zitierten Äußerungen stimmen, klar gemacht, was er von Demokratie, Meinungsfreiheit und gesellschaftlichem Dialog hält – nullkommanichts, es sei denn, man stimmt völlig mit ihm überein. So soll er u.a. in Mails und SMS kundgetan haben: „Die oassis sind ent-

weder Kommunisten oder faschisten. Dazwischen tun sie es nicht. Eklig.“ Zugleich hielt er als Verlagschef die Bild-Redaktion an, im letzten Bundestagswahlkampf eine Partei, die FDP, nach oben zu schreiben. Da er Frau Merkel ablehnte, war auch die Union bei ihm vorübergehend abgeschrieben. Frau Merkel stammt bekanntlich aus dem Osten. Eigentlich sollten Redaktionen unabhängig sein, die Medien gel-


ten als vierte Gewalt im Staat, mit der Aufgabe betraut, die anderen Gewalten objektiv und kritisch zu begleiten – bei Springer und Döpfner geschenkt. Am schlimmsten empfinde ich, dass Matthias Döpfner den Ostdeutschen de facto die Daseinsberechtigung in unserem demokratischen Gemeinwesen abspricht. Er wünscht sich „aus der ehemaligen ddr eine Agrar und Produktionszone mit Einheitslohn (zu) machen“. Man stelle sich mal vor, jemand hätte ähnliches für den Westen vorgeschlagen?! Selbstverständlich macht das keiner. Bemerkenswert ist auch das Datum, das Döpfner für seine Äußerungen

wählte – den Oktober 2019, als sich zum 30. Mal der Aufbruch der DDR-Bevölkerung jährte. Das ist eine beispiellose Infamie. Die Döpfners tragen für die heutige Haltung der Ostdeutschen zum Gesamtstaat, die verbreitete Ablehnung der bundesdeutschen Strukturen eine große Verantwortung. Seine Äußerungen widersprechen so sehr dem, was demokratischer Standard in unserem Land sein sollte, dass seine Entschuldigung nicht hilft. Döpfner ist als Verlagschef nicht mehr haltbar, wenn Springer als Medienunternehmen ernst genommen werden will.



Berlin steht vor gewaltigen Herausforderungen

SPD stolpert in Rückschrittskoalition

 Berlin hat wahrlich Besseres als eine schwarz-rote Ankündigungscoalition verdient, die keine wirklichen Antworten auf die drängenden Fragen unserer Zeit hat und mit der ein sozialer wie gesellschaftlicher Rollback droht.

Das Ergebnis des Mitgliedervotums kann auch für die SPD-Spitze kein Anlass zum Jubeln sein, ist es doch alles andere als ein überzeugendes Bekenntnis zu einer Koalition mit der CDU. Es hat sich ja nicht nur eine knappe Mehrheit dafür – es haben sich fast 46 Prozent der Berliner SPD-Mitglieder dage-


gen ausgesprochen, der CDU das Rote Rathaus zu überlassen. Das ist für uns LINKE ein gutes, wichtiges Zeichen. Es gibt in unserer Stadt sehr viele Sozialdemokrat:innen, die wissen, dass gemeinsames Regieren mit der CDU in Berlin noch nie etwas vorangebracht hat. Dafür stehen der Berliner Bankenskandal und die Zustände am Lago 2016 ebenso wie Stillstand bei sozialem Wohnungsbau, bei der Verkehrswende und fehlende Investitionen in die öffentliche Infrastruktur.

Für ein fortschrittliches Bündnis gab es auch nach der Wiederholungswahl eine

deutliche Mehrheit in der Stadt. In den Sondierungsgesprächen wurde in allen wichtigen Fragen eine Einigung zwischen SPD, Grünen und LINKEN erzielt, es gab einen gültigen Koalitionsvertrag. Das haben Franziska Giffey und Raed Saleh ohne Not in den Wind geschlagen. Sie machen Kai Wegner zum Regierenden Bürgermeister und den konservativen Politikstil des alten Westberlin wieder salonfähig.

Wir gehen jetzt entschlossen mit voller Kraft in die Opposition und nehmen diese Herausforderung an. Wir werden mit unserem Erfahrungswissen in der Opposition dieser Koalition auf die Finger schauen, wie es sich gehört. Wir laden alle Sozialdemokratinnen, die sich gegen diese Koalition ausgesprochen haben dazu ein, mit uns und vielen Aktiven in der Stadt, in Gewerkschaften, Verbänden und Initiativen dafür zu kämpfen, bei der nächsten Wahl 2026 dafür zu

sorgen, dass sich die CDU nicht im Rote Rathaus festsetzt. Als LINKE werden wir in den zentralen Auseinandersetzungen mit klugen Konzepten für die ganze Stadt mitmischen und für ein progressives alternatives Politikangebot streiten. Dazu gehören für uns der Kampf für bezahlbare Mieten und die Umsetzung des Volksentscheides zur Enteignung von profitgetriebenen Wohnungskonzernen, Klimaschutz, der Menschen mit kleinem Geldbeutel nicht ausgrenzt und eine öffentliche Daseinsvorsorge, die vollständig der Marktlogik entzogen ist. Arbeiten wir ab heute für einen Politik- und Regierungswechsel 2026 und machen wir der bräsigen Koalition der Verlogenheit Feuer unterm Hintern.

 Carsten Schatz, MdA
Fraktionsvorsitzender der Linksfraktion
im Abgeordnetenhaus



Sozialpolitische Sprechstunde für Seniorinnen und Senioren in den Kiezclubs

mit der stellvertretenden Bezirksbürgermeisterin und Bezirksstadträtin für Soziales, Arbeit und Teilhabe Carolin Weingart und Vertreterinnen und Vertretern der Seniorenvertretung Treptow-Köpenick

Sie wollen ein Anliegen gegenüber dem Amt für Soziales anbringen? Dann lade ich Sie herzlich zur sozialpolitischen Sprechstunde mit der Seniorenvertretung und mir als stellvertretende Bezirksbürgermeisterin und Bezirksstadträtin für Soziales, Arbeit und Teilhabe ein. Ich freue mich auf Ihre Themen!

Montag, 22. Mai 2023,
KIEZKLUB KES
in der Zeit von 10–11 Uhr
Plönzeile 7, 12459 Berlin
im Saal


Mittwoch, 7. Juni 2023,
KIEZKLUB Vital
in der Zeit von 11–12 Uhr
Myliusgarten 20,
12587 Berlin, Raum A010

Mittwoch, 5. Juli 2023,
KIEZKLUB Treptow-Kolleg
in der Zeit von 11–12 Uhr
Kieholzstraße 274,
12437 Berlin, Raum 4

Mehr Infos:
Telefon: 030 – 90297 6100
Carolin.Weingart@ba-tk.berlin.de

Parkinfarkt in Plänterwald – was tun?

Bisherige Tatenlosigkeit schadet allen

 Autobahn, Spreepark, Willi-Sänger-Stadion: Drei Großbaustellen im Bereich Plänterwald, die dazu führen, dass mehr Menschen mit Autos dort unterwegs sind und diese dort abstellen wollen. Bislang scheint es, als ob sich weder Bezirksamt noch Senatsverwaltung mit dieser Gemengelage beschäftigt haben und konzeptionell zur Bewältigung aufgestellt sind. Die notwendigen Vorarbeiten wurden offenbar schlicht unterlassen und die Verantwortung wird – wie bei Verkehrskonzept und Straßenumgestaltung zur Eröffnung der Autobahn – von sich gewiesen. Ob der Planungskapazitäten der Verwaltung müssen Großprojekte so bearbeitet und priorisiert werden, dass stadtplanerische und mobilitätsbezogene Probleme nicht wie hier geballt auftreten, sondern konzeptionell vorbereitet, gemeinsam mit den Anwohner:innen bearbeitet und stadtvträglich gelöst werden. Und das bedeutet: Prestige- und Großprojekte, die vor allem Standortmarketing, Eventisierung oder Betonlobby dienen, verschieben oder eben komplett sein lassen.

Dies vorweg sollen hier dennoch Wege skizziert werden, wie Lebensqualität, Verkehrssicherheit und notwendige Mobilität gewährleistet, werden können und die VOR Eröffnung von Autobahn, Spreepark und Willi-Sänger-Stadion gegangen werden müssten.

1. Erreichbarkeit mit dem Umweltver-

bund: Die An- und Abreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln, zu Fuß oder mit dem Fahrrad muss einfach, komfortabel und sicher sein. Der geschützte Radweg an der Köpenicker Landstraße sowie weitere Fahrradstraßen und Radfahrstreifen müssen umgesetzt, die Taktung der Buslinien verdichtet und die Gehwege und Fußgänger:innenampeln ausgebaut werden.

2. Sichere Fuß- und Schulwege: Mit zunehmender Menge steigt auch die Zahl derjenigen, die ihr Auto so abstellen, dass Schul- und Fußwege gefährlich werden, Krankenwagen und Müllabfuhr nicht mehr durchkommen. Die Ecken in den Wohngebieten müssen baulich freigehalten werden. Das geht schnell und kostengünstig mit Sperrflächen, Pollern und Fahrradbügeln an allen Knoten und wird z.B. in Neukölln reihenweise gemacht.

3. Sicherung der verbleibenden Parkstände für die Anwohner:innen: Parkraummanagement und Anwohner:innenparken sind die einzigen Möglichkeiten, die übrigen Parkstände für die im Gebiet Wohnenden zu sichern und müssten vor der Eröffnung von Autobahn, Spreepark und Willi-Sänger-Stadion eingeführt werden.

Die bisherige Tatenlosigkeit, sei es aufgrund mangelnder Koordination und Absprachen, Überforderung oder der bewussten Entscheidung für das „Prinzip Hoffnung“ schadet allen.



Foto: Screenshot aus Livestream

Philipp Wohlfeil bei der ersten BVV-Sitzung nach der Wiederholungswahl

CDU in der BVV macht Fundamentalopposition

Größte Fraktion ohne Mehrheiten

Die CDU in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) ist auf der Suche nach ihrer neuen Rolle im Bezirksparlament. Nach der Wiederholungswahl stark gewachsen von 8 auf 14 Verordnete hadert die Fraktion damit, dass sie als jetzt größte Fraktion trotzdem keine eigenen Mehrheiten hat. Bei der Wahl des neuen Vorstehers der BVV stellte sie einen Kandidaten auf. Da allerdings absehbar war, dass der bisherige Vorsteher Peter Groos (SPD) von der Mehrheit der Kooperation aus SPD, DIE LINKE und B'90/Grüne be-

stätigt werden würde, zog die Fraktion die Kandidatur zurück und verließ in gespielter Empörung während der Debatte und noch vor der Abstimmung den Saal. „Die CDU tut so, als stünde sie kurz vor der absoluten Mehrheit, davon ist sie mit 14 Mandaten aber weit entfernt. Die PDS hatte hier mal 21 Sitze und durfte auch nicht den Vorsteher stellen, weil es dafür nicht die entsprechenden Mehrheiten gab.“

„Den Raum verlassen haben wir damals nicht“, erklärte Philipp Wohlfeil, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE. In der Ver-

gangenheit hatte die CDU mehrmals den BVV-Vorsteher gestellt, obwohl sie dafür keine eigene Mehrheit hatte.

Ihre neue Rolle scheint die CDU derzeit in Fundamentalopposition zu suchen, obwohl sie mit einem Stadtrat im Bezirksamt vertreten ist und bald noch einen weiteren dazubekommt. So stimmte sie etwa in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung gegen die Planreife für den neuen Kulturpark im ehemaligen Spreepark. „Wir freuen uns sehr über das Projekt, aber können nicht zustimmen. Auch wenn dadurch Fördermittel verfallen, kann uns das nicht zur Zustimmung verleiten“, begründete der Fraktionsvorsitzende der CDU Fraktion, Dustin Hoffmann, das Vorgehen. Die CDU wünsche sich verbindlichere Lösungen im Bereich Verkehr, hieß es. In all den Jahren habe es zuvor kein kritisches Wort der CDU zum neuen Spreepark ge-

geben, wundert sich Uwe Doering, Sprecher für Stadtentwicklung der Fraktion DIE LINKE. Die Forderung der CDU habe nichts mit dem vorliegenden Beschluss zu tun. Verkehrskonzepte und Verkehrskonferenzen seien bereits gefordert und beschlossen. „In der Vorlage stehen bereits viele Gedanken und Vorschläge, wie es zu besseren Verkehrslösungen kommt. Wir müssen als Kommunalpolitikerinnen und -politiker dafür sorgen, dass diese umgesetzt werden“, so Doering. Gegen die Stimmen der CDU und AfD wurde die Planreife dennoch beschlossen. Damit ist der Weg frei, das dringend benötigte Geld etwa für die Sanierung des Riesenrads abzurufen. Das Verhalten der CDU erstaune, denn ganz anders als in der Landes- oder Bundespolitik habe DIE LINKE in der Vergangenheit sehr gut mit der CDU auf kommunaler Ebene zusammenarbeiten können, erzählt Wohlfeil. Etwa bei Entscheidungen rund um den Mellowpark sei auf die CDU immer Verlass gewesen. „Ich bin verwundert über den Wandel in der CDU-Fraktion und hoffe darauf, dass der Ärger über einen verlorenen Posten bald verfliegt. Dann können wir zur guten konstruktiven Zusammenarbeit in der Kommunalpolitik zurückkehren“, so Wohlfeil. Einen Vorschlag für den zweiten der CDU zustehenden Stadtratsposten im Bezirksamt hat die CDU bis Redaktionsschluss hingegen noch nicht vorgelegt.

● jro

WLAN keine Priorität

Bezirksamt ohne öffentliches Internet

Mit dem Smartphone kurz ins WLAN vor Ort, zum Musikstreamen, den großen Mailanhang runterladen, für einen Videochat oder für die nächste Folge der Lieblingsserie – fast überall geht das im Jahr 2023. Ob im Fitnessstudio, im Lieblingscafé um die Ecke, im Reisebus, ja sogar im Urlaubsflyer gibt es mittlerweile öffentlich zugängliches WLAN. Viel spannender als im Lieblingscafé ist es natürlich im Wartesaal des Bürgeramtes, deshalb braucht man hier auch gar kein Wifi, könnte man meinen. Tatsächlich sind sämtliche Ämter des Bezirksamtes, auch die mit Publikumsverkehr oder öffentlichen Veranstaltun-

gen wie Ausschüssen oder Bezirksverordnetenversammlung (BVV) ohne allgemein zugängliches Internet. Warum das so ist, ist rätselhaft. Es könnte daran liegen, dass die IT-Verwaltung oft am Limit arbeiten muss. So gingen Berlin etwa zum Anfang der Corona-Pandemie im Jahr 2020 die VPN-Zugänge aus, mit denen sich Mitarbeiter:innen aus dem Homeoffice in ihre Arbeitscomputer hätten einwählen können. Das ist in etwa so, als würden neue Seiten im Word-Dokument knapp.

Ein anderer Grund scheint Desinteresse zu sein. Das Pilotprojekt Free-WIFI-Berlin, mit dem kostenloses öffentliches WLAN zunächst an einigen Punkten in

Berlin zur Verfügung gestellt wurde, war Ende 2021 nicht verlängert worden, weil die Senatsverwaltung eine Fortführung des Vertrags angeblich vergessen hatte. Mehr als ein halbes Jahr später, im Herbst 2022, war dann noch immer keine neue Ausschreibung für ein stadtweites WLAN auf den Weg gebracht. Eine Eigeninitiative der Bezirke, selbst für öffentliches WLAN in Rathäusern oder Bürgerämtern zu sorgen, sei nicht erwünscht, es werde eine einheitliche Lösung angestrebt, hieß es aus der Senatsverwaltung auf Anfragen von Tobias Schulze (Mitglied des Abgeordnetenhauses, DIE LINKE). Im März dann die Überraschung, die Pläne für ein berlinweites WLAN seien in der Senatsverwaltung wohl beerdigt worden, heißt es aus gut informierten Kreisen. Nun sind die Bezirke gefordert, wenn sie denn das nötige Personal und die Finanzen

dafür aufbringen können. Eine leichte oder schnelle Übung wird das auch nicht. Das Bezirksamt in Treptow-Köpenick ist dem Vernehmen nach mit der Ausarbeitung einer Ausschreibung für öffentliches WLAN in den Kiezclubs gestartet. Das ist ein Anfang, aber noch weit entfernt von der nötigen weitreichenden WLAN Abdeckung. Ein weiteres Rätsel aber bleibt: Warum wird für so eine kleine Sache eine monatelange Ausschreibung und ein hoher Finanz- und Personalaufwand nötig? Alle, die auch zu Hause WLAN haben, wissen es: die Einrichtung dauert für Geübte nur wenige Minuten, die Hardware ist für wenige Dutzend Euro zu haben, es braucht nur einen Internetanschluss und der ist selbst in Berliner Ämtern mittlerweile zu finden.

● jro



Die Linksfraktion Treptow-Köpenick war mit den beiden Verordneten Petra Reichardt und Kai Martin am Platz des 23. April, um gemeinsam mit weiteren Antifaschist:innen den Jahrestag der Befreiung Köpenicks zu begehen. Am 23. April 1945 befreiten Einheiten der 8. Gardearmee und der 1. Gardepanzerarmee W. I. Tschuikows Köpenick vom deutschen Faschismus. Daran wurde, wie jedes Jahr bei der Veranstaltung des VVN-BdA, erinnert.

Der „Gärtner“ grüßt wieder am Spreeufer

Skulptur ist an ursprünglichen Standort zurückgekehrt



An der Spreeuferpromenade entlang der Hainstraße in Niederschöneweide stand bis 2006 die Skulptur des „Gärtners“ von Karl-Heinz Schamal. Es war ihm übel mitgespielt worden. Er wurde gestohlen, eine Kopie gefertigt, wieder Diebstahlversuche und vor allem Vandalismus, bei dem sogar ein Arm abgebrochen wurde. Dann begannen die Bauarbeiten am Kaisersteg, auch keine guten Voraussetzungen für einen sicheren Standort des Kunstwerks. Das wurde durch das Grünflächenamt erst einmal abgebaut, eingelagert und später restauriert. Vor dem vor dem Eingang des Grünflächenamts, das sich zu diesem Zeitpunkt in der in der Rinkartstraße 13 in Baum- schulenweg befand, bekam dann der „Gärtner“ eine neue Heimat.

Doch den Bewohnerinnen und Bewohnern der Spreesiedlung fehlte die liebgewordene Figur und sie bemühten sich beim Bezirksamt um die Rückführung an den ursprünglichen Standort. Dafür sammelten sie unter anderem 150 Unterschriften. Rosemarie Kanter, eine der engagiertesten und beharrlichsten BewohnerInnen der Hainstraße und Verwaltungsrätin der Wohneigentümergeinschaft, sei hier besonders hervorgehoben.

Dennoch dauerte es bis Oktober 2022, bis die BVV den auf Initiative der LINKEN gemeinsam mit der SPD und der CDU eingebrachten Antrag zur Rückführung der Figur an den ursprünglichen Standort beschloss.

Am 14. März 2023 war es dann soweit und der „Gärtner“ grüßt seit dem wieder die Bewohnerinnen und Bewohner der Spreesiedlung und die Besucherinnen und Besucher der Spreeuferpromenade.

Leider konnte Rosi Kanter diesen Augenblick nicht mehr erleben, sie verstarb wenige Monate zuvor.

● Edith Karge



Erinnerung an 23. April

Traditioneller Osterdampf in der Wuhlheide

Es war kühl und regnerisch in der Reichshauptstadt Berlin. Bereits am 20. April 1945 wurde unter dem Codewort „Clausewitz“ für Berlin der Belagerungszustand ausgerufen. Die zivile Macht übernahm der Kampfkommandant. Reichsmarschall Göring wurde aus allen seinen Ämtern entlassen. Aber das interessiert zumindest in Köpenick schon keinen mehr, denn der „Russe“ kommt. In Müggelheim hat er schon am 22. April einen Ortsbürgermeister eingesetzt. Am 23., einem Montag, verlässt Bürgermeister Mathow das Rathaus, in dem er ohnehin nichts mehr zu sagen hatte. Frau und Tochter schickte er westwärts. Mit einigen Getreuen und seiner Sekretärin begab er sich per PKW zum Schöneberger Rathaus, wo er sich telefonisch beim Oberbürgermeister meldete und auf Weisungen wartete. Als auch das Schöneberger Rathaus unter Beschuss gerät, entlässt er seine Sekretärin und die ihm verbliebenen Mitarbeiter aus ihren Pflichten. Er selbst findet bei den nachfolgenden Kämpfen den Tod. Bereits in der Nacht zum 23. April überquerten Soldaten der 1. Gardepanzerarmee und der 8. Gardearmee von Grünau aus die Spree und drangen über Wendenschloss nach Köpenick vor. Zu der Zeit, als Mathow Köpenick verließ besetzten fanatische Nazis die Spindler-Villa am Eiselenweg und feuerten über die Spree auf die in Richtung Dammbrücke anrückenden Rotarmisten. Diese machten kurzen Prozess und schossen die Villa zusammen. Das Rathaus wird der von der Roten Armee besetzt. Dort residiert sie die nächsten 18 Monate. Das Bezirksamt zieht in die Schule in der Freiheit um. Auch in der

der Kirdorfstr. (heute Seeelenbinderstr.) Ecke Borgmannstr. wurde auf die anrückenden Panzer geschossen. Als ein Panzer in Brand gerät, wird das Haus in Schutt und Asche gelegt. Der „Russe“ war also da. Sehr respektabel sah er nicht aus, der russische Landsler mit seiner abgewetzten Uniform, dem Dawaibeutel auf dem Rücken und der Machorka im Mund. Von Stalingrad aus, fast dreitausend Kilometer, nur verbrannte Erde vor den Augen und unter den Füßen. Dagegen sah Köpenick, trotz seiner 3500, von 12.500, zerstörten Häuser noch recht passabel aus. Der Bezirk zählte immerhin noch 100.131 Einwohner, 15.000 weniger als vor dem Krieg. Wird er nun, gewissermaßen als Staatsdoktrin, Rache nehmender Iwan? Aug um Aug, Zahn und Zahn? Der Russe, der Ukrainer, der Usbeke u.s.w., die Sowjets also, taten es nicht. Sie begannen schon am nächsten Tag mit Hilfe von Antifaschisten und Antifaschistinnen das Leben zu organisieren. Was machten die 10.000 Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in den Köpenicker Lagern? Die überlebenden Jüdinnen und Juden? Die einen wollten endlich nach Hause, die anderen nur wieder ohne Angst leben. Mit Sicherheit wollten die damaligen Russen und Ukrainer nicht, dass sich ihre Nachfahren gegenseitig zerfleischen. Wir aber verneigen uns vor den Söhnen und Töchtern der Sowjetunion, die mit ihrem Blut uns vom Faschismus befreiten. Legen wir unseren Politiker:innen ein russisches Sprichwort ans Herz: „Jede Kugel, die im Krieg abgefeuert wird, trifft zuerst das Herz einer Mutter.“

● Gerd Lüdersdorf



Transvisibility Fahne gehisst

Am 31. März war internationaler Transgender Day of Visibility. Ein Tag, um die Sichtbarkeit von trans Menschen zu erhöhen und um auf die Diskriminierung und Gewalt aufmerksam zu machen. Wir möchten unsere Solidarität zum Ausdruck bringen, indem wir heute am Rathaus Treptow gemeinsam die Fahne der trans Community hissen. Wir setzen damit ein starkes Zeichen für die Akzeptanz und Gleichberechtigung von trans Menschen.



Bürgersprechstunde

Stellv. **Bezirksbürgermeisterin** und Leiterin der Abteilung Soziales, Arbeit und Teilhabe, Carolin Weingart **Donnerstag, 11. Mai**, 10–11.30 Uhr Hans-Schmidt-Str. 16, Raum 131, (telefonisch oder vor Ort) Anmeldung erforderlich unter: (030) 90297 – 5988

Aus der Arbeit der Linksfraktion und der Stadträtin der LINKEN



Kurz vor den Osterfeiertagen haben die Kolleginnen und Kollegen des Gesundheitsamtes, der Bezirkskasse und des Stadtratbüros im Bürostandort Hans-Schmidt-Straße 16 der Kollegin des Reinigungsdienstes und den Kollegen des Wachschutzes eine gemeinsame Überraschung überbracht. Ganz klar, der Amtsladen funktioniert nur dank ihnen, dafür vielen Dank!

Nach der #bvvtk geht's gleich weiter mit einem schönen Anstusstermin. Heute besuchte uns eine Delegation vom Kommunalpolitischen Forum Thüringen. Wir hatten einen guten und konstruktiven Austausch über Kommunalpolitik und wie man sie attraktiver machen kann. Es ging unter anderem darum, wie Kommunalpolitik transparenter wird. Wir sind in Treptow-Köpenick mit unseren öffentlichen Ausschüssen und dem Live-Stream aus der BVV schon ganz weit vorne. In Thüringen will man das jetzt auch.

Beratung Behindertenverband Seit kurzem bereichert eine ergänzende unabhängige Teilhabeberatung (EUTB) nach dem Bundesteilhabegesetz unseren Bezirk. Die Beratungsstelle des Berliner Behindertenverbandes bietet ihre Sprechzeiten im Rathaus Friedrichshagen an. Ich habe mich gefreut die beiden Beraterinnen Levke Vanounou und Antoaneta Nouvertné und den Vorsitzenden des Berliner Behindertenverbandes Felix Tautz kennenzulernen. Gemeinsam haben wir die künftige Zusammenarbeit mit dem Teilhabefachdienst im Amt für Soziales besprochen.



Kommunalpolitik lebt vom Austausch! Daher habe ich mich sehr über die Bildungsreise einer thüringischen Delegation des KOPOFOR Thüringen e.V. nach Treptow-Köpenick gefreut. Gestern konnten unsere Gäste der BVV-Sitzung im Rathaus Treptow beiwohnen. Heute besuchten wir den KIEZKLUB Bohnsdorf, wo der Leiter Herr Schielei die erfolgreiche Arbeit aller 11 KIEZKLUBs vorstellte. Im Anschluss waren wir in der Sozialstiftung Köpenick. Thema war hier die Herausforderungen in der Pflege, in Thüringen und in Treptow-Köpenick.

An vielen Orten in Treptow-Köpenick wird heute sauber gemacht, was andere einfach achtlos wegwerfen. Ich habe mich heute beim Bürgerverein Wilhelmshagen-Rahnsdorf beim Müllsammeln beteiligt. Unglaublich, was in 2 Stunden aufgelesen wird!



Unser Bezirksverordneter André Schubert wurde soeben in der neuen Bezirksverordnetenversammlung von Treptow-Köpenick als stellvertretender Bezirksverordnetenvorsteher bestätigt. Herzlichen Glückwunsch André! #bvvtk





Für Ende vergangenen Jahres war vom Straßen- und Grünflächenamt geplant, die Fahrbahn des verlängerten Müggelschlöbchenweges zwischen der Bus-Endhaltestelle und Spreetunnel zu ertüchtigen, nachdem die Fraktion DIE LINKE das Bezirksamt bereits 2021 auf die Missstände aufmerksam gemacht hatte. Grund für die jetzt erfolgte Maßnahme waren diverse Wurzelhebungen in diesem Bereich. Aufgrund der geringen Fahrbahnbreite und der bautechnischen Möglichkeiten erfolgten die Straßenbauarbeiten unter Vollsperrung der gesamten Fahrbahnbreite. Nun kann der Weg bei besserem Wetter wieder vollumfänglich für Radfahren, Skaten und Spaziergehen genutzt werden.

Renaturierung „Birkenwäldchen“

Ehemaliger Sportplatz wird zum Biotop

Aus dem ehemaligen Sportplatz Birkenwäldchen in Adlershof wird wieder ein Stück Natur. Dort entstehen mit dem Anlegen eines Trockenrasens sowie eines lichten Eichenvorwalds besonders wertvolle Biotope. Gleichzeitig werden neuer Lebensraum und Strukturen für die europaweit geschützten Zauneidechsen geschaffen. Für die Herstellung des Trockenrasens wird der Oberboden abgeschoben, das Gelände gestaltet, Habitate für Zauneidechsen weiterentwickelt sowie trockenheitsverträgliche Pflanzen angesät und angelegt. Die Arbeiten dazu haben Ende Januar 2023 begonnen. Ziel ist es, neue Lebensräume für Flora und Fauna und damit Zonen zu schaffen, die sich gut an die Klimaveränderungen anpassen können.

Das bezirkliche Straßen- und Grünflächenamt führt die Renaturierung des ehemaligen Sportplatzes Birkenwäldchen gemeinsam mit dem Umwelt- und Naturschutzamt durch. Die Fläche soll als Biotop und Zauneidechsenhabitat entwickelt werden.

Der Sportplatz Birkenwäldchen wurde mit Beschluss des Abgeordnetenhauses vom 1. Juli 2010 als Sportfläche entwickelt und der Sportbetrieb im August 2010 eingestellt. Das Birkenwäldchen fungiert als Sammelausgleichsfläche für mehrere Baumaßnahmen. Die über den B-Plan XV-9-13 festgesetzte Ausgleichsmaßnahme sieht den Rückbau des Sportplatzes und die Entwicklung von Trockenrasen sowie Strukturen für Zauneidechsen vor. Im nördlichen Bereich des Areals wird aktuell entspre-

chend des B-Plans 9-60 ein Eichenvorwald als Ersatzmaßnahme entwickelt. Die Bauarbeiten im Rahmen der Renaturierung sollen zum Jahresende 2024 abgeschlossen werden.

Die Ausgleichsmaßnahme für den Bebauungsplan von 2006 wird nun endlich umgesetzt. Nur 18 Jahre später wird jetzt die Ausgleichsfläche für geschützte Zauneidechsen geschaffen, die im Zuge der Bebauung an der Straße Zur Holzoper weichen mussten. Zwischenzeitlich hatte ein Sportverein auf den Erhalt der Sportfläche im Birkenwäldchen geklagt. Die Fraktion DIE LINKE hatte 2011 nach Kompromisslösungen gesucht und einen Weiterbetrieb in Sportanlage in Eigenverantwortung des Sportvereins empfohlen.

Bahnhofsvorplatz Gestaltungsbeteiligung online

Seit wenigen Wochen läuft auf der Beteiligungsplattform mein.Berlin das Beteiligungsverfahren zur Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes Berlin-Schöne-weide. Der direkte Beteiligungslink ist am unteren Rand des Internetauftritts zu finden: <https://mein.berlin.de/projekte/freiraumkonzept-bahnhof-schoene-weide-2/>

Dabei soll es eine 2-stufige Beteiligung geben. Im ersten Schritt (14. April–5. Mai) wird es eine zweiteilige Onlinebefragung geben. Die Fragen sind nur bis zum 05. Mai freigeschaltet.

In einem 2. Schritt (5.–22. Mai), soll es dann noch möglich sein, eigene Ideen auf einer Karte einzutragen und andere Ideen zu bewerten. Es soll auch eine „Info- und Dialogveranstaltung vor Ort“ für die Anwohner:innen und Nutzer:innen des Bahnhofs geben, teilt die Bürgerinitiative Johannisthal mit, die sich auch für eine Bürger:innenversammlung einsetzt.

Die Bürgerinitiative möchte, dass die Bedarfe und Wünsche aller Nutzer:innen berücksichtigt werden. Wer dabei Unterstützung im Internet braucht, findet sie in der Seniorenakademie im Kiezklub, Rathaus Johannisthal Sterndamm 102 in 12487 Berlin, jeweils In der Zeit von 10 bis 15 Uhr.

● Sonja Kemnitz

KONTAKT

Fraktion in der BVV

Rathaus Treptow, Raum 205
Neue Krugallee 4, 12435 Berlin
Tel. (030) 533 76 07
mail@linksfraktion-tk.de

Sprechzeiten:

Mo, Do 15.00 – 18.00 Uhr
Dienstag 12.00 – 17.00 Uhr
Sprechzeiten nach Voranmeldung

www.linksfraktion-tk.de



IMPRESSUM

Aus dem Rathaus Treptow-Köpenick

Monatszeitschrift der Fraktion
DIE LINKE in der BVV Treptow-Köpenick
Redaktion: Karl Forster (verantwortlich),
Edith Karge, Gernot Klemm, Joseph Rohmann
Postanschrift: Fraktion DIE LINKE in der
BVV Treptow-Köpenick,
Redaktion Aus dem Rathaus,
Neue Krugallee 4, 12435 Berlin.
Email: redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht
unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder.
Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen
von Artikeln und Leserbriefen vor.
Satz: www.karenaugust.de
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH
Am Wasserwerk 11, DE - 10365 Berlin
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 21. März 2023
Die nächste Ausgabe „Aus dem Rathaus“ erscheint
am Dienstag, 6. Juni 2023
Redaktionsschluss dafür: Di 23.5.23

**Unsere
Fachpolitiker:innen
in der BVV von
Treptow-Köpenick!**

DIE LINKE.
FRAKTION IN DER BVV

 Philipp Wohlfeil Vorsitz, Haushalt	 Petra Reichardt Wirtschaft	 André Schubert Verkehr, Ordnung
 Christian Kerntopf Soziales, Integration	 Karin Kant Jugend, Schule	 Uwe Doering Stadtentwicklung
 Monika Belz Integration	 Edith Karge Kultur	 Kai Martin Gesundheit, Sport

Sommerlotterie Bürgerstiftung

Bis zum 15.07.2023 verlost die Bürgerstiftung Treptow-Köpenick 300 Preise zu Gunsten ehrenamtlicher Projekte in unserem Bezirk! Mit 3 Euro je Los sind Sie dabei – jedes 11. Los gewinnt. Die Sommerlotterie 2022 hatte einen Reingewinn von 10.500 Euro eingebracht, mit dem die Bürgerstiftung 12 zusätzliche ehrenamtliche Projekte der Kinder- und Jugendarbeit im Bezirk finanziell unterstützen konnte.

KONTAKT

Geschäftsstelle Treptow-Köpenick

Allendeweg 1, 12559 Berlin
Tel. 64 32 97 76, Fax 64 32 97 92
bezirk@dielinke-treptow-koepenick.de

Öffnungszeiten:

Montag 14.00 – 17.00 Uhr
Dienstag 10.00 – 18.00 Uhr
Mittwoch 13.00 – 16.00 Uhr
Donnerstag 10.00 – 16.00 Uhr

Kassenzeiten:

1. Dienstag im Monat (Blättchentag)
jeweils 13.00 – 15.45 Uhr

Wahlkreisbüro Katalin Gennburg, MdA

Moosdorfstraße 7–9, 12435 Berlin
Tel. (030) 80 93 27 58
buero.gennburg@linksfraktion.berlin
Öffnungszeiten bitte telefonisch oder per E-Mail erfragen

Wahlkreisbüro Carsten Schatz, MdA

Wißlerstraße 24, 12587 Berlin
Tel. 65940 800, Fax 65940 801
buergerbuero@carsten-schatz.de

Wahlkreisbüro Dr. Gregor Gysi, MdB

Brückenstraße 28, 12439 Berlin
Tel. 63 22 43 57, Fax 3 22 43 58
gregor.gysi@wk.bundestag.de

Sprechzeiten:

Mo + Mi 13.00 – 16.30 Uhr

Kassenzeiten Brückenstraße:

1. Dienstag im Monat (Blättchentag)
jeweils 13.00 – 15.45 Uhr

www.dielinke-treptow-koepenick.de



IMPRESSUM

blättchen.Treptow-Köpenick

Monatszeitschrift des Bezirksverbandes der Partei DIE LINKE. Treptow-Köpenick
Redaktion: Karl Forster (verantwortlich), Edith Karge, Gernot Klemm, Joseph Rohmann
Postanschrift: DIE LINKE Treptow-Köpenick, blättchen-Redaktion, Allendeweg 1, 12559 Berlin.
Email: redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Artikeln und Leserbriefen vor.
Satz: www.karenaugust.de
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH
Am Wasserwerk 11, DE - 10365 Berlin
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 18. April 2023
Erscheinungstag blättchen 291: Di. 6. Juni 2023
Redaktionsschluss dafür: Di 23.5.23
Das blättchen wird aus Spenden finanziert.

Wir gratulieren im **Mai** zum Geburtstag

- | | |
|-----------------------|---------------------|
| 75. Gabriele Bofinger | Lothar Netz, |
| 80. Rolf Beetz, | Maria Pechmann |
| Monika Tautenhahn | 93. Emmy Breyer, |
| 85. Peter Marnitz, | Hildegard Henze, |
| Gisela Schulz | Werner Lucke |
| 90. Rolf Appenfelder | 95. Helga Padelt |
| 92. Helga Löchner, | 101. Gertraud Linke |



Noch kein Kriegsende in Sicht

Friedensaktionsplan gegen Militarisierung

Bereits seit mehr als einem Jahr tobt der brutale Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine. Der Krieg hat unglaubliches Leid in der Ukraine ausgelöst. Und auch nach über 400 Tagen dieses furchterlichen Krieges ist kein Ende in Sicht. DIE LINKE hat nun einen Friedensaktionsplan verabschiedet, um zum einen den Rückzug der russischen Truppen zu fordern und zum anderen auch in diesem Jahr weiterhin gegen die Aufrüstungspläne der Ampel zu mobilisieren, denn die 100 Milliarden für die Aufrüstung fehlen für dringend notwendige Ausgaben in der Sozialpolitik. Die Partei wird zum Beispiel am Antikriegstag am 1. September oder Hiroshimagedenktag am 6. August gegen Atomwaffen auf die Straßen gehen. In Treptow-Köpenick unterstützt DIE LINKE, dass der Bezirk weiterhin Teil der Mayor for Peace-Initiative für nukleare Abrüstung ist. Eine neue Sicherheitspolitik gegen die globale Eskalationsspirale wird gefordert. Deshalb wird auch an den Auftakt des Helsinkiprozesses vor 50 Jahren am 3. Juli 1973 erinnert, der den Anfang eines Entspannungsprozesses zwischen Ost und West im Kalten Krieg markierte. Gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen

Partnern setzt DIE LINKE sich gegen Aufrüstung und für alternative zivile Konfliktlösung ein.

Bereits am 1. April hat DIE LINKE. Treptow-Köpenick die Kundgebung auf dem Hermannplatz unter dem Motto „Stopp den Krieg! Russische Truppen raus aus der Ukraine. Eskalation beenden: Verhandeln statt Waffenlieferungen!“ unterstützt.

Denn für DIE LINKE ist klar, dass die russischen Truppen aus der Ukraine zurückgezogen werden müssen, damit wäre der Krieg sofort beendet. Nur geben alle Äußerungen der russischen Staatsführung leider keinen Grund zur Hoffnung, dass dies erfolgen wird. Deshalb müssen weitere Staaten wie China oder Brasilien gewonnen werden, um gemeinsam Druck auf Russland auszuüben, den Krieg gegen die Ukraine zu beenden. Bereits im Dezember 2022 legte DIE LINKE dafür einen Vorschlag vor, wie verschiedene Schritte zur Deeskalation aussehen könnten. Der erste Schritt ist dabei ein Waffenstillstand, der Raum für weitere Verhandlungen öffnet. Dieser könnte unter Vermittlung der Vereinten Nationen verhandelt werden.

Das blättchen ist nicht umsonst

Das blättchen ist seit fast 20 Jahren die Zeitung des Bezirksverbands DIE LINKE Treptow-Köpenick. Hier informieren wir über das Geschehen im Bezirk, über unsere Politik. Dabei ist das blättchen mehr als nur Mitteilungsblatt der Partei. DIE LINKE erhält als einzige im Bundestag vertretene Partei keine Spenden von Unternehmen.

Wenn Sie dieses Angebot schätzen und unterstützen möchten, helfen Sie mit einer Spende, es aufrecht zu erhalten: IBAN: DE59 1007 0848 0525 6078 03 BIC: DEUTDEDB110, Berliner Bank AG Verwendungszweck: 502-810, sowie Name, Vorname und Anschrift angeben

Bürgersprechstunden

Gregor Gysi, MdB

Die nächste Sprechstunde **Freitag 12.5. von 12-18 Uhr** im Bürgerbüro Gregor Gysi, Brückenstraße 28 in 12439 Berlin. Anmeldungen bitte bei André Schubert unter 63 22 43 57

Katalin Gennburg, MdA

Im Mai keine Sprechstunde im Wahlkreisbüro, Moosdorfstraße 7–9; 12435 Berlin, buero.gennburg@linksfraktion.berlin

Carsten Schatz, MdA

Mittwoch 10.5. und 24.5. jeweils von 17–19 Uhr
Im Bürgerbüro Wißlerstraße 24, 12587 Berlin, Anmeldung telefonisch unter: 65 94 08 00 oder per E-Mail: buergerbuero@carsten-schatz.de

Unsere Angebote:
Sozialrechts-beratung

Steigende Energiepreise und Inflation, die sich auf alle Lebensbereiche auswirkt. Das Leben wird immer teurer und ist für viele Menschen schon jetzt nicht mehr leistbar. Und die richtigen Härten des Winters drohen erst noch. Viele Menschen machen sich Sorgen und es braucht dringend Antworten. Viele Berlinerinnen und Berliner geraten in eine schwierige Lage und benötigen Rat und Hilfe. Wir stehen an der Seite der Betroffenen und unterstützen Menschen in prekären Situationen durch eigene und unverbindliche Angebote in Kooperation mit Rechtsanwältinnen. **Du bist nicht allein, wir helfen Dir!**

Unsere Büros mit Angeboten:

Bürgerbüro Gysi | Brückenstraße 28, 12439 Berlin | Telefon: 030/63224357 | gregor.gysi@wk.bundestag.de

Bürgerbüro Gennburg | Moosdorfstraße 7-9, 12435 Berlin | Telefon: 030/80932758 | buero.gennburg@linksfraktion.berlin

Bürgerbüro Schatz | Wißlerstraße 24, 12587 Berlin | Telefon: 030/65940800 | buergerbuero@carsten-schatz.de

Informationen und weitere Angebote von Initiativen und Vereinen im Bezirk findet ihr hier



Aktionskonferenz 2023

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

wir laden Dich hiermit herzlich zu unserer nächsten Aktionskonferenz vom 30. Juni bis 02. Juli 2023 in der Jugendherberge Frankfurt am Main ein! Wir wollen mit Genossinnen und Genossen, die tagtäglich für eine starke LINKE kämpfen, zusammenkommen und gemeinsam Antworten auf die Krisen unserer Zeit finden. Wir möchten Mitglieder reaktivieren und neue hinzugewinnen, die Praxis unserer Treffen überdenken, Kampagnen starten und Haustürgespräche für die unterschiedlichsten Anlässe nutzen. In Debatten wollen wir Pläne entwickeln, aber vor allem in Praxisworkshops Ideen entdecken, wie wir diese umsetzen können. DIE LINKE braucht Aufbauheld:innen wie Dich!

Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenlos, Unterbringung und Verpflegung erfolgen in der Jugendherberge. Das Programm folgt in Kürze.

Für Rückfragen erreichst du uns telefonisch unter 030-24009232

oder per E-Mail unter kreisvorsitzendenkonferenz@die-linke.de

Anmeldung ist online möglich unter:

<https://www.die-linke.de/partei/aktionskonferenz/>



Foto: bpk / Deutsches Historisches Museum

1. Mai 1933 auf dem Tempelhofer Feld.

Instrumentalisierung und Widerstand

Vor 90 Jahren wurden die Gewerkschaften zerschlagen

Der für die Arbeiterbewegung seit langem bedeutsame 1. Mai wurde in Deutschland ausgerechnet im Jahr 1933 offiziell zum Feiertag erklärt – unter der Herrschaft der Nationalsozialisten, die den Tag der Arbeiterklasse damit für ihre politischen Zwecke instrumentalisieren.

Die berühmten Tagebucheinträge vom damaligen Reichspropaganda-Minister Goebbels zeigen, dass neben der Verfolgung von KPD- und SPD-Mitgliedern auch die Zerschlagung der Gewerkschaften bereits längst geplant war. Goebbels schrieb am 17. April: „Den 1. Mai werden wir zu einer grandiosen Demonstration deutschen Volkswillens gestalten. Am 2. Mai werden dann die Gewerkschaftshäuser besetzt.“

Bereits im März beginnt die Verfolgung. Das Ermächtigungsgesetz wird beschlossen, die Verhaftungswellen gegen die Arbeiterbewegung, Mitglieder von KPD und SPD wie auch der Gewerkschaften beginnen und die ersten „wilden“ Konzentrationslager entstehen in Dachau und Oranienburg. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) bleibt jedoch weiterhin bei der Linie, nicht die offene Konfrontation zu suchen – in der Hoffnung, damit auch unter der Herrschaft der NSDAP dennoch gewerkschaftliche Arbeit sicherzustellen. Im Aufruf des ADGB zum 1. Mai 1933 heißt es: „Der deutsche Arbeiter soll am

1. Mai standesbewußt demonstrieren und ein vollberechtigtes Mitglied der deutschen Volksgemeinschaft werden.“ In der Semantik findet sich schon die später von den Nazis vorgenommene Umdeutung. Während der 1. Mai 1933 noch als „Feiertag der nationalen Arbeit“ begangen wurde, fehlte mit der Bezeichnung „Nationaler Feiertag des deutschen Volkes“ ab 1934 jeglicher Bezug zur Arbeit.

Am 1. Mai 1933 organisieren die Nationalsozialisten eine riesige Propagandaveranstaltung auf dem Tempelhofer Feld in Berlin mit angeblich mehr als einer Million Teilnehmern. Hitlers Rede wird im Radio übertragen. In der ganzen Republik werden an dem Tag „Hitler-Eichen“ gepflanzt, auf dem Tempelhofer Feld von Hitler persönlich als „Hindenburg-Eiche“.

Erinnerenswert ist jedoch zugleich, dass es gegen diese Entwicklungen Widerstand gab. Die von Hitler gepflanzte „Hindenburg-Eiche“ wurde wenige Wochen später von Unbekannten gefällt. Auch in Treptow-Köpenick gab es Widerstand. Dazu ist in dem Buch „Widerstand in Köpenick und Treptow“ von Heinrich-Wilhelm Wörmann zu lesen: „Mitglieder des Kommunistischen Jugendverbandes „schmückten“ zum 1. Mai 1933 den Spreetunnel in Friedrichshagen mit roten Fahnen und antinazistischen Parolen. Emil Rudolf Greu-

lich berichtete, dass zum 1. Mai an der Hochspannungsleitung Bohnsdorf-Altglienicke ein Transparent mit der Aufschrift „Es lebe der erste Mai! – Die KPD lebt!“ angebracht worden war. Am Nachmittag des 1. Mai trafen sich in der Nähe des ehemaligen Fichte-Sportplatzes in der Eichbuschallee in Treptow Arbeitersportler zu einer improvisierten Maifeier.“

In dem Buch findet sich auch ein Bericht von Ernst Oschmann, der 1933 als politischer Leiter für die bereits verbotene KPD agierte. Er berichtet mit Blick auf den 1. Mai 1933: „Anfang April 1933 fand noch einmal eine Konferenz statt, und zwar in Köpenick-Nord, in der Nähe des Lokals ‚Pferdebucht‘. Wir sprachen über die Richtung des politischen Kampfes und bereiteten den 1. Mai vor. Es wurden später an mehreren Stellen in Köpenick-Nord kurze Versammlungen durchgeführt und Flugblätter verteilt. Im Wald bei der ‚Pferdebucht‘ fand eine kurze Maifeier statt, auf der das ehemalige Mitglied des Reichstages, Georg Kassler, sprach, der in Köpenick wohnte. Sie dauerte zehn Minuten, danach bildeten die etwa 60 Teilnehmer kleine Gruppen und blieben noch beisammen.“

Am 2. Mai 1933 stürmten die Nazis schließlich die Gewerkschaftshäuser in ganz Deutschland. Die Gewerkschaften wurden verboten und ihre Mitglieder verhaftet.

■ ■ Moritz Warnke

Weitere Infos: Lebendiges Museum online <https://gleft.de/5bx>

Blättchen auch digital? Ja das geht!



Du willst das Blättchen auch digital haben? Einfach diesen QR-Code scannen, Newsletter abonnieren und das Blättchen nach dem Erscheinen erhalten. Fertig!

P.s.: Alle Ausgaben könnt ihr auch auf unsere Webseite herunterladen.

TERMINE +++ VERANSTALTUNGEN ++

POLITIK UND ENGAGEMENT

Mo 1.5. | 10 Uhr Treffen der Gewerkschaft VER.DI am Platz der Vereinten Nationen. 11 Uhr Beginn der Demonstration. 12 Uhr Kundgebung am Roten Rathaus. 13 Uhr Maifest am Roten Rathaus.

Mo 1.5. | 14 Uhr Maifest der LINKEN Treptow-Köpenick auf dem Schlossplatz, Köpenick.

Sa 6.5. | 13 Uhr Fest für Demokratie und Toleranz. Am Michael-Brückner-Platz.

Sa/So 13./14.5. Landesparteitag DIE LINKE Berlin, Reinbeckhallen Oberschöneweide

DIE LINKE und der Seniorenvertretung sind als Gäste herzlich willkommen.

KULTUR UND UNTERHALTUNG

Fr 5.5. | 19 Uhr „Die Verbotsfilme der DEFA“ - vorgestellt von Irina Vogt / Filmwissenschaftlerin. Filmbeispiel: „Berlin um die Ecke“ DEFA 1965. Auch dieser Film kam anstatt in die Kinos dann in den Tresor! Es war der 4. Teil der Berlinfilm-Reihe des künstlerischen Duos Klein (Regie) und Kohlhaase (Drehbuch), der die Jugend und ihre Probleme im geteilten Berlin thematisierte.

Di 23.5. | 19 Uhr Lesung im Club: Kulturbund, Ernststraße 14. „Rot ist der höchste Ernst“.

Bettina Hartz liest aus ihrem Roman: Milena, geflüchtet nach Berlin aus der Kriegsregion Balkan der 90er Jahre, erfindet sich den idealen Gefährten. Hans hilft ihr bei der Bewältigung der Kriegstraumata und steht einem Partner aus Fleisch und Blut in nichts nach.

KONFERENZEN UND SITZUNGEN

Mo 22.5. | 14 Uhr im Bürgerbüro Gregor Gysi Brückenstr. Beratung der AG Seniorenpolitik beim BV DIE LINKE. Thema: Gedankenaustausch zum Entwurf des Gesetzes „Altershilfestrukturgesetz“. Moderiert wird die Debatte von Dr. Hanna Hambach und Sonja Kemnitz.

Fachpolitiker aus der BVV Fraktion



Weitere Informationen zu Terminen & Veranstaltungen im Internet: www.dielinke-treptow-koepenick.de